

Was können private Immobilien-eigentümer erwarten?

Auf den ersten Blick sind die Aussichten für die kommenden vier Jahre durchaus positiv: Mit dieser bürgerlichen Mehrheit könnte die energetische Gebäudesanierung unter der Voraussetzung der Änderung relevanter Rahmenbedingungen neuen Schwung bekommen. So wäre viel gewonnen, wenn endlich die mietrechtlichen Hürden beseitigt und die energetische Gebäudesanierung steuerpolitisch flankiert würde, etwa durch attraktivere Abschreibungsbedingungen. Zu diesen klimapolitisch notwendigen Maßnah-

kommensteuer dürfen nicht durch Erhöhungen vermögensbezogener Steuerarten gegenfinanziert werden. Das gilt insbesondere für die Grundsteuer, deren Reform in dieser Wahlperiode ansteht. Stattdessen sollte Schwarz-Gelb sich daran machen, die öffentlichen Haushalte von überflüssigen Aufgaben und Subventionen zu entlasten und damit Ausgaben einsparen.

Soweit der erste Blick. Der zweite Blick richtet sich wieder auf die Energie- und Umweltpolitik. Sicher ist, dass



Können die privaten Hauseigentümer Honig saugen aus Schwarz-Gelb?

men konnte sich die Große Koalition in den vergangenen Jahren nicht durchringen.

Hoffnung haben die privaten Immobilieneigentümer nun auch bei wesentlichen Fragen des Stadtumbaus, ob in West oder Ost, ein entscheidendes Wort mitzusprechen. Die bisherige Dominanz der kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsanbieter bei diesen Projekten muss ein Ende haben. Sie entspricht in keiner Weise deren tatsächlicher Bedeutung auf den Wohnungsmärkten. Immerhin halten die Privaten gut drei Viertel des Wohnungsbestandes in Deutschland.

Allerdings muss vor einem gewarnt werden: In Sachen Steuersenkungen darf keinesfalls das Prinzip „rechte Tasche, linke Tasche“ als Kompromisslösung herauskommen. Um es klar zu benennen: Entlastungen bei der Ein-

die neue Mehrheit im Bundestag die Klimaschutzpolitik der Großen Koalition auf die eine oder andere Weise weiterführen wird. Dabei sollte sie mit Augenmaß vorgehen. Wer wie die Schwarz-Gelbe Landesregierung in Baden-Württemberg meint, Eigentümer zur Nutzung erneuerbarer Energien zwingen zu müssen, wählt die falsche Politik. Zwang hat in einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung, die auf dem Prinzip der Eigenverantwortung beruht, nichts zu suchen. Die Eigentümer müssen selbst entscheiden, wann sie welche Maßnahmen, in welchem Umfang und mit welchen Mitteln durchführen. Dieses Recht der privaten Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer zu verteidigen, wird eine wichtige Aufgabe in den kommenden Jahren sein. In vier Jahren werden wir Bilanz ziehen, hoffentlich eine positive!

Rolf Kornemann